



**Die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs)** mit den AKP-Staaten (Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifik) sind das zentrale Projekt der EU-Entwicklungspolitik 2007. Die Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten sollen noch 2007 abgeschlossen werden. Weder die Parlamente noch zivilgesellschaftliche Gruppen sind in den Verhandlungsprozess einbezogen oder werden über den Verlauf unterrichtet. Die EU drängt auf einen weit gehenden Abbau der Handelszölle, der sich reziprok, also auf beiden Seiten in selbem Umfang vollziehen soll, und will für ihre Unternehmen Investitionsschutz, Gleichstellung im Wettbewerb und Zugang zu öffentlichen Ausschreibungen in den AKP-Staaten durchsetzen.

**Aber unter ungleichen Partnern schafft Gleichbehandlung noch mehr Ungleichheit!** Wenn sich die Vorstellungen der EU-Kommission durchsetzen, werden die Kleinbauern und Gewerbetreibenden in den AKP-Staaten dem Wettbewerb mit den europäischen Konzernen ausge-

setzt, die dann ihre Waren zollfrei in den AKP-Raum einführen können. Das Ergebnis wäre die Verdrängung der lokalen ProduzentInnen von ihren Märkten und der Zusammenbruch ganzer Produktionszweige. Die finanziellen Möglichkeiten und die strukturpolitischen Handlungsspielräume der afrikanischen, karibischen und pazifischen Regierungen würden durch Liberalisierung im Wettbewerbsrecht und durch Investitionsschutzabkommen massiv beschnitten. **So verhindert die EU die Entwicklung in Afrika und trägt zur Ausbreitung von Armut bei!**

#### **Die Fraktion DIE LINKE. fordert:**

- **Stopp der EPA-Verhandlungen** und Formulierung eines neuen solidarischen Verhandlungsmandats, das die Entwicklungsbelange der Partnerländer an die erste Stelle setzt und nicht die Interessen der europäischen Konzerne!
- **Schluss mit den Geheimverhandlungen:** Parlamente und Zivilgesellschaft müssen informiert und in die Verhandlungen einbezogen werden!
- **Weg mit dem Zeitdruck:** Die Ausnahmeregelung zur Fortführung der Bestimmungen aus dem Lomé-Abkommen muss um mindestens drei Jahre verlängert werden!
- **Keine Schein-„Gleichheit“** zwischen Ungleichen: Die EU muss in der WTO dafür eintreten, dass nicht-reziproke Abkommen zwischen unterschiedlich starken Partnern zugelassen werden!
- **Politische Handlungsspielräume bewahren:** Investitionsschutz, Wettbewerbsrecht und öffentliches Beschaffungswesen müssen runter von der Verhandlungsagenda!
- **Schutz für Kleinbauern,** lokale Märkte und neue Industrien in den AKP-Staaten; keine Liberalisierungsverhandlungen in volkswirtschaftlich, sozial, kulturell und ökologisch sensiblen Bereichen!

**Die Fraktion DIE LINKE.** hat ihre Kritik und ihre Alternativen in einen Antrag in den Bundestag eingebracht (Drucksache 16/3193). Mehr Informationen: Heike Hänsel, MdB, Tel.: 030 227 73179, [heike.haensel@bundestag.de](mailto:heike.haensel@bundestag.de)

**DIE LINKE.**  
I M B U N D E S T A G